

## **Beitrag Valentina Hemmeler Maïga, Uniterre Für einen gerechteren internationalen Handel – Das Tabu des Freihandels brechen.**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Die Ernährungssouveränität wurde von Bauern- und Bäuerinnenorganisationen aus dem Norden und dem Süden definiert, vereint in dem gemeinsamen Ziel, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu antworten. Wunsch ist es, statt die ökonomischen Interessen der internationalen Grosskonzerne zu befriedigen, den Menschen wieder ins Zentrum der Nahrungsmittelordnung zu rücken.

Die Ernährungssouveränität hat nicht zum Ziel die Grenzen zu schliessen, aber sie hat zum Grundsatz, dass alle Staaten die Grenze als regulatives Mittel einsetzen können.

- Um die lokale Landwirtschaft (Lebensmittel und Futtermittel) zu erhalten und weiter zu entwickeln
- Um die Kostenwahrheit in den jeweiligen Ländern offen zu legen
- Um die unterschiedlichen sozialen und ökologischen Normen zu berücksichtigen
- Um zu verhindern, dass ausländische Märkte mit Produkten überschwemmt werden, die mit Hilfe von Exportsubventionen zu Schleuderpreisen auf den Markt gelangen.

**Die Regulierung der Märkte bedeutet weder auf sich selbst gestellt zu sein noch Autarkie. Es zeugt von Respekt gegenüber unseren jeweiligen « Agri-Kulturen ». Deshalb fordert unsere Initiative das Recht auf Grenzschutz und ermahnt den Staat an die Aufgabe, alle Exportsubventionen abzuschaffen.**

Die Ernährungssouveränität wurde von unseren bäuerlichen Organisationen im Jahr 1996 entworfen, als Antwort auf die Gründung der WTO mit ihrem ungezügelten Freihandelsdogma.

Mehr als 20 Jahre nachdem die WTO abhob, haben wir eine bittere Bilanz zu ziehen:

- Keine bäuerliche Landwirtschaft hat je von gesteigertem Freihandel profitiert. Sei es im Rahmen von multilateralen oder bilateralen Abkommen. Einzig die industrielle Landwirtschaft wurde ausgebaut, zum Nachteil des Sozialen und der Umwelt und ohne jede nachhaltige und glaubwürdige Perspektive.
- Die Akteure, die unberechtigte Rekord-Gewinne gehortet haben, sind die Zwischenhändler, die grossen internationale Nahrungsmittel-Konzerne, dies im Besonderen während der Nahrungsmittelkrise von 2007-2008.
- Anstatt die Ernährungssituation der Bevölkerung zu verbessern, hat der Freihandel die Taschen der Aktionäre gefüllt.

Zwingend muss deshalb das internationale Handelsrecht dem Menschenrecht, namentlich dem Recht auf Nahrung unterstellt werden.

Die Wieder-Infragestellung von Freihandelsabkommen ist ein Recht. Freihandelsabkommen sind nicht Teil der zwingend geltenden Menschenrechte oder der Rechte der Kinder. Sie sind Teil des Handelsrechts und dieses ist neu verhandelbar, jederzeit. Deshalb erachten wir es als entscheidend, wenn nicht sogar als lebenswichtig, dass wir es uns zubilligen den internationalen Handel anders zu gestalten, als er in den letzten Jahrzehnten praktiziert wurde.

Also :

Damit der lokale Nahrungsmittel Vorrang hat!

Damit ein gerechter internationaler Handel zur Norm wird und nicht die Ausnahme bleibt